

in Neubauten möglich. Bei Kriegsende war die Situation dramatisch. Für die Masse an Kriegsheimkehrern und -geschädigten, für die Witwen und Waisen der Gefallenen und für die jungen Ehepaare, die nach der Rückkehr der Soldaten eine Familie gegründet hatten, bestand die dringende Notwendigkeit, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Vor allem Kleinwohnungen fehlten, sodass in der Stadt 12.000 Einquartierungen der Wohnungssuchenden behördlich durchgesetzt werden mussten.¹⁹

Die Wohnbaugenossenschaft für Beamte

Zunehmend waren auch Beamte von der Wohnungsnot betroffen. Neue staatliche und kommunale Aufgabengebiete, wie zum Beispiel die Kriegsfürsorge, erforderten die Ausbildung und Einstellung neuer sowie die Versetzung erfahrener Beamter. Während eine Versetzung oft zu einer langwierigen Trennung von der Familie führte, mussten viele der neu eingestell-

ten jungen Beamten des unteren und mittleren Dienstes oft zur Untermiete mit einem möblierten Zimmer Vorlieb nehmen – beide Situationen waren auf Dauer belastend.²⁰

Die Idee einer Wohnungsbaugenossenschaft, die sich spezifisch auf die Bedürfnisse dieser Beamten konzentrieren sollte, gewann schnell auf allen Verwaltungsebenen an Unterstützung. Da jedoch die finanziellen Mittel für derartige Projekte nach dem Ersten Weltkrieg und der anschließenden Wirtschaftskrise nicht ohne Weiteres zu beschaffen waren, traten die Betroffenen an staatliche und kommunale Stellen heran. Für die Münchner Beamten wurde schon bald das Bayerische Staatsministerium für Soziale Fürsorge mit seinem Referat für Wohnungswesen zur zentralen Anlaufstelle. Mit Regierungsrat Karl Stützel wurde dieses Ressort von einem Mann geführt, der für die Gründung und die Anfangsjahre des Beamtenwohnungsvereins München wichtig werden sollte.



Beamte bei Aufräumarbeiten im Hof des Münchner Polizeipräsidentiums nach dem Ende der Revolution, Mai 1919.

Exkurs: Karl Konrad Stützel (1872 – 1944)

Eine christlich-soziale Grundhaltung

Karl Konrad Stützel wurde 1872 in der bayerischen Pfalz, in Speyer, in eine altingesessene, katholische Handwerkerfamilie geboren. Er bewies bereits in früher Jugend ausgeprägten Ehrgeiz und Zielstrebigkeit. Nach einem Abitur mit Bestnoten begann er 1891 ein Jura-Studium, das ihn an die Universitäten von München, Berlin, Erlangen und Heidelberg führte. 1895 schloss Stützel sein Studium mit dem ersten Staatsexamen ab. Dabei engagierte er sich besonders bei der Katholischen Deutschen Studentenverbindung (KDStV). Stützel bekannte sich damit offen zu dem katholisch-konservativen Milieu, aus dem er stammte und das ihn zeit seines Lebens sowohl gegenüber völkisch-nationalen wie auch marxistischen oder sozialistischen Ideen eine distanzierte bis konträre Haltung einnehmen ließ.²¹ Darüber hinaus prägte ihn seine katholische Herkunft auch im Hinblick auf sein späteres Wirken als Beamter und Staatsmann. Hier vertrat er die Überzeugung, „dass eine Preisgabe der Sozialpolitik gleichbedeutend [...] mit der Preisgabe des christlichen Staatsgedankens [sei]“.²² Stützel positionierte sich stets als Verfechter einer christlichen Sozialpolitik.

Ausgesprochenen Ehrgeiz entwickelte Stützel bei der Planung seiner zukünftigen Beamtenlaufbahn. Zwischen 1895 und 1899 absolvierte er seinen Wehrdienst und anschließend parallel zu seiner Verwaltungstätigkeit eine Ausbildung zum Reserveoffizier. 1899 legte er als einer der besten seines Jahrgangs die zweite Staatsprüfung ab. Damit war er für den höheren Jus-



Dr. Karl Konrad Stützel (1872 – 1944).

tiz- und Verwaltungsdienst befähigt. 1901 trat Stützel das Amt des Bezirksamtsassessors im oberfränkischen Ebermannstadt an, wodurch er auf Lebenszeit verbeamtet wurde.²³ Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs sammelte er Erfahrungen und Verdienste in verschiedenen Ämtern. Dabei blieb ihm auch die Sozialpolitik ein wichtiges Anliegen. So schloss Stützel 1911 eine Zusatzausbildung in den Bereichen Armenpflege, soziale Fürsorge und Wohltätigkeit erfolgreich ab.²⁴

Der „unpolitische“ Beamte

Karl Stützel verstand sich – trotz seiner christlich-sozialen Haltung – als deziert „unpolitischer“ Verwaltungsbeamter. Schon während seiner Zeit als Bezirksamtsassessor im pfälzischen Neustadt an der Haardt stellte er bei der Bewerbung um eines der Bürgermeisterämter in seiner Geburtsstadt Speyer heraus, dass er sich „aus Rücksicht auf [seine] Stellung als Verwaltungsbeamter [...] niemals politisch betätigt und auch keinem politischen Verein angehört [habe]“ und er es auch weiterhin „als selbstverständli-

che Pflicht erachte [...] [,] sich jeglicher politischer Betätigung zu enthalten“.²⁵ Dass seine Leistungen seinen Vorgesetzten auffielen und so bis in höhere Dienststellen bekannt wurden, belegt der Bericht anlässlich einer Inspektion im Bezirk Neustadt. So gab der Amtsvorstand zu Protokoll, dass Stützel „der beste Assessor [sei], den er je gehabt [habe]. [...] Stützel zeig[e] sich entschieden befähigt, den schon höhergehenden Anforderungen [...] vollkommen gerecht zu werden, und zwar nach der fachwissenschaftlichen wie nach der praktischen, rein geschäftlichen Seite. [...] Auch als Redner in der Öffentlichkeit versteh[e] es Stützel [...] aufzutreten.“²⁶

Nach Beginn des Ersten Weltkriegs wechselte der Reserveoffizier Stützel in den aktiven Dienst. Im November 1914 kam er als Kompanieführer im Rang eines Hauptmanns an die Westfront. Bis zum September 1916 blieb er, ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, im aktiven Dienst. Dann gelang es dem Innenministerium, ihn wieder in den Zivildienst zu überführen – Brigade- und Divisionskommando protestierten, sie wollten auf Stützel nicht verzichten.²⁷ Schließlich versetzte ihn der Staatsminister von Brettreich zum Mai 1918 als Regierungsrat ins Innenministerium, wo er das Referat für Wohnungswesen leiten sollte.²⁸ Wie wichtig er auf diesem Posten war, wird aus den Reaktionen des Ministeriums darauf deutlich, dass Stützel als erfahrener Offizier im Rahmen der Offensiven im August 1918 noch einmal für den Kriegseinsatz vorgesehen war. Unter Verweis auf die „gegenwärtig herrschende Wohnungsnot“ erklärte das Innenministerium ihn sofort für „unentbehrlich“ – Stützel wurde dementsprechend nicht mehr reaktiviert.²⁹

Der unentbehrliche Experte

Am 7. November 1918, vier Tage vor dem endgültigen Waffenstillstand und dem Ende der Kämpfe, stürzte der Sozialdemokrat Kurt Eisner mit einer kleinen Gruppe sozialdemokratischer und linker Politiker den bayerischen König Ludwig III. vom Thron. Daraufhin führte Eisner als Ministerpräsident eine provisorische Regierung an. Die bisher bestehenden Ministerien bekamen neue Strukturen und es entstand bereits Mitte November das Ministerium für Soziale Fürsorge, Stützels neue Wirkungsstätte. Im zweiten Gesetz- und Verordnungsblatt des Volksstaates Bayern wurde „die oberste Leitung der sozialen Angelegenheiten und die oberste Aufsicht auf die der sozialen Fürsorge dienenden Einrichtungen“ als Kompetenz der neuen Behörde proklamiert.³⁰ Neben der „Behandlung der rechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten“, der „Leitung der Gewerbeaufsicht“, der „Überwachung des Arbeitsmarktes“ und der „Durchführung der Sozialversicherungen“ galt als weitere zentrale Aufgabe „die Regelung des Wohnungswesens“. Um dies aber möglichst rasch und wirksam durchführen zu können, wurde es als absolut notwendig angesehen, „dem Ministerium für Soziale Fürsorge [...] die erforderliche Anzahl von Beamten“ zuzuteilen.

Das bedeutete, dass der neue Freie Volksstaat Bayern im Wesentlichen auf die Staatsverwaltung des Königreichs zurückgreifen musste. So wurde das Referat für Wohnungswesen unter Stützel dem Innenministerium aus- und dem neuen Ministerium für Soziale Fürsorge eingegliedert, in Arbeitsweise und Personal blieb es allerdings unverändert. Stützel selbst, der sich,

obwohl er Ende des Jahres 1918 in die Bayerische Volkspartei (BVP) eintrat, weiterhin als (im Sinne einer Parteipolitik) „unpolitischer“ Beamter verstand, arbeitete unter der neuen Regierung mit gleicher Kompetenz und Pflichterfüllung wie bisher. Trotz seiner persönlichen Prägung arbeitete Stützel auf fachlicher Ebene problemlos mit seinem neuen Vorgesetzten Hans Unterleitner, Mitglied der USPD und Radikalsozialist, zusammen. Dabei war ihm die Bekämpfung der Wohnungsnot nicht nur ein berufliches, sondern auch ein persönliches Anliegen.

Im Kampf gegen die Wohnungsnot

Unmittelbar nachdem die Behörde ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, trat am 28. November 1918 ein von Stützel erarbeiteter Entwurf als „Verordnung betreffend der Maßnahmen gegen Wohnungsmangel und Obdachlosigkeit“ in Kraft. Die Verordnung sollte vor allem Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Kriegsheimkehrern zugutekommen, wohingegen Arbeitgeber und Gemeinden stärker zur Kasse gebeten wurden. Auch ordnungspolitische Maßnahmen wie die zwangsweise Unterbringung von Wohnungslosen in ungenutzten Wohnungen, in saisonal freien Fremdenzimmern oder in Fabrik-, Lager-, Geschäfts- und Werkstatträumen wurden angeordnet. Neben diesen kurzfristigen Lösungsversuchen gab es auch längerfristige Wohnbauprojekte. Als solches kann beispielsweise das im Mai 1919 gegründete Siedlungswerk Nürnberg gelten, dessen Verwaltungsratsvorsitz Stützel übernahm und das durch die Urbarmachung und Bebauung der nahe der Stadt gelegenen Reichswälder Arbeits- und Wohnungslosen Beschäftigung und Ob-

dach bot. Bis Juli 1924 entstanden hier 558 Häuser für 2.860 Menschen.³¹ Auch die Bereitschaft, andere vergleichbare Projekte zu fördern, war unter Stützels Federführung groß, obwohl eine rapide steigende Inflationsrate die Investitionen erschwerte.

Stützel und der BWV

Die politischen Wirren der Jahre 1918/19 begannen mit der Absetzung des bayerischen Königs im November 1918. Die Ermordung Kurt Eisners im Februar 1919 führte daraufhin zur kurzlebigen, bald niedergeschlagenen Räterepublik Bayern, was schließlich in das zweite Kabinett von Ministerpräsident Johannes Hoffmann mündete. All das überstand Stützel ohne größere Schwierigkeiten. Er verblieb weiterhin im Ministerium für Soziale Fürsorge und wurde bis 1920 vom Regierungsrat zum Oberregierungsrat und schließlich zum Ministerialrat befördert. Auch weiterhin blieb die Beseitigung der Wohnungsnot eines seiner zentralen Anliegen. Er trug in München selbst im entscheidenden Maße zur Gründung des Beamtenwohnungsvereins (BWV) bei. Die Anregung für die Gründung ging vom Staatsministerium für Soziale Fürsorge aus. Unter der Führung Stützels traten am 19. Februar 1921 Vertreter der Beamtenorganisationen zusammen und gründeten den Beamtenwohnungsverein München als Genossenschaft. Aus den Sitzungsprotokollen geht hervor, dass Stützel vor allem als Vermittler zwischen dem Beamtenwohnungsverein und dem Ministerium für Soziale Fürsorge in Erscheinung trat, bzw. Bitten und Forderungen der Genossenschaft an das Ministerium herantrug. Von der Gründung bis ins Jahr 1924 fungierte

er darüber hinaus als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Die 10-Jahres-Chronik des BWV spricht von ihm als „eigentlichem Vater des Vereins“, dem es zu verdanken gewesen sei, dass der BWV trotz der schwierigen Phase der Inflation zum Zeitpunkt seiner Gründung eine „gesunde und widerstandsfähige Natur“ entwickelt habe.³²

Besonderes Engagement bewies Stützel auch im Rahmen seiner Tätigkeit als Staatskommissar im Zuge der Explosion des Oppauer Stickstoffwerks der BASF im September 1921. Die Explosion gehörte zu den schlimmsten Chemieunfällen des 20. Jahrhunderts. Selbst im noch 25 Kilometer entfernten Heidelberg richtete sie Schäden an. Oppau befindet sich in der Pfalz, die damals noch zu Bayern gehörte. Somit fiel die Explosion in den Zuständigkeitsbereich der Münchner Ministerien. Stützel leistete nicht nur rasche und wirksame Soforthilfe, sondern förderte eine mittel- und langfristige Organisationsstruktur in Form des Hilfswerks Oppau, dessen allein verantwortlicher Leiter er war. Diese Tätigkeit hatte er parallel zu seiner Stellung im Wohnbaureferat inne.

Innenminister des Freistaats Bayern

1924 wurde Stützel zum bayerischen Innenminister unter der Regierung Heinrich Held berufen. Die Position behielt er bis 1933. Es zeichnete sich bereits früh ab, dass er trotz seines bemerkenswerten Arbeitspotenzials die Aufgaben als Vorsitzender des Aufsichtsrates des BWV nicht mehr weiter wahrnehmen konnte. Daher bat er im September 1924 um eine Entbindung vom Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden. Mit dem Ausdruck des Bedauerns und unter Danksagungen für die bisherige „großartige umsichtige Leitung des Vereins“ verabschiedete sich der Aufsichtsrat des BWV von Stützel und schlug vor, ihn zum Ehrenmitglied zu erheben.³³ Der neu ernannte Innenminister nahm weiterhin Anteil an den Belangen der Genossenschaft und stand mit Rat und Förderung zur Verfügung.

Stützels Amtsverständnis war geprägt von der Idee, dass „der Verwaltungsbeamte mithelfen [müsse], das Volk zum Staatsgedanken zu erziehen. Das wird er am besten tun, wenn er das Gefühl wecken und pflegen hilft, dass der Staat nichts anderes als das geeinigte Volk selbst ist und dass je-

der, der dem Volke dienen will, auch dem Staate dienen und den Staat und die Staatsgewalt respektieren muss.“³⁴ Insbesondere das Einvernehmen und gegenseitige Vertrauen zwischen der staatlichen Beamtenschaft und der Polizei war ihm wichtig. Die Polizeigewalt war dabei für ihn nicht als Selbstzweck gedacht. Als erster und wichtigster Repräsentant des Staates sollte der Polizist genauestens die Vorschriften einhalten und vor jedem Eingriff eine kluge und umsichtige Einschätzung des jeweiligen Falles treffen. In diesem Geiste reformierte Stützel in seiner Amtszeit das bayerische Polizeiwesen.

Im Kampf gegen den Extremismus

Besonders hervorzuheben in Stützels Zeit als Innenminister ist auch sein Engagement gegen politisch extremistische Strömungen, besonders gegen KPD und NSDAP. 1925 verhängte Stützel ein Redeverbot gegen Adolf Hitler und bemühte sich um dessen Ausweisung. Auch stoppte er 1929 den Versuch der Einbürgerung Hitlers in Bayern. 1930/31 erließ Stützel ein Uniformverbot, welches sich vor allem an extremistische Verbände richtete. Mit dem Uniformverbot sowie dem Verbot der SA und der SS schöpfte Stützel alle polizeilichen und rechtlichen Möglichkeiten aus, konnte aber den Aufstieg der NSDAP nicht verhindern. Außerdem dachten nicht alle Mitglieder des Regierungskabinetts so wie er. Während Stützel sich bei seinem Amtsantritt selbst zu einem Kämpfer gegen die nationalsozialistische Ideologie erklärte, sympathisierte der bayerische Justizminister Franz Gürtner (von 1932 bis 1941 Reichsjustizminister) mit den Zielen der Nationalsozialisten.

Demütigung und Tod

Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen, dauerte es nur wenige Wochen, bis die neue Reichsregierung die bayerische Staatsregierung abgesetzt hatte. Nach dem Wahlsieg der NSDAP in Berlin wuchs auch in Bayern der Druck auf die Staatsregierung, mit den neuen Machthabern zusammenzuarbeiten. Am Mittag des 9. März 1933 wollte die NSDAP die bayerische Regierung zum Rücktritt bewegen, das bayerische Kabinett lehnte aber ab. Stützel versuchte, die „Gleichschaltung“ Bayerns mit einem Polizeiaufgebot zu verhindern. Am Abend des gleichen Tages wurde schließlich Franz Ritter von Epp auf Basis der Notstandsgesetze zum Reichskommissar für Bayern ernannt. Die Regierung war damit entmachtet. Auch Stützel bekam das zu spüren. Eine Gruppe von SA- und SS-Leuten brachte ihn noch in derselben Nacht ins „Braune Haus“. Dort demütigten und misshandelten sie Stützel schwer. Bald nach seiner Freilassung floh er zunächst nach Österreich und dann nach Italien. Später kehrte er moralisch gebrochen nach München zurück, wo er schließlich nach zermürenden gerichtlichen Auseinandersetzungen mit den neuen Machthabern eine Pension als ehemaliger Staatsbeamter bezog. Er starb 1944 an den Folgen einer Darmoperation, seiner Beerdigung durften nur die engsten Familienangehörigen beiwohnen. Heute erinnert ein zentraler Platz am Alten Botanischen Garten an Stützel, dessen Leben und politisches Handeln von zwei Prämissen geprägt war: der Durchsetzung der staatlichen Autorität und dem christlichen Sozialgedanken.

